Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
II/01	S0193/16	29.08.2016
zum/zur		
F0140/16 – Fraktion Magdeburger Gartenpartei/Fraktionsvors. Roland Zander		
Bezeichnung		
Grundstücksenteignung Birkenweiler		
Verteiler		Tag
Der Oberbürgermeister		20.09.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Grundstückseigner im Birkenweiler, 6. Gartenweg erhielten in den letzten Tagen ein Schreiben der MVB mit der Information, dass ihre Grundstücke zur Realisierung des 5. Bauabschnittes der 2. Nord- Süd- Verbindung in Anspruch genommen werden müssten. Die Beanspruchung war skizziert und enthielt die Information, welche Anzahl an Quadratmetern erworben werden sollen. Nun sollen die Besitzer der Grundstücke der Vermessung der Fläche zustimmen. Telefonische Nachfragen ergaben, dass 2017 mit der Beräumung der Grundstücke begonnen werden soll.

Die Bürgerinitiative gegen den 5. Bauabschnitt und die betroffenen Bürger traten mit folgenden Fragestellungen an uns heran:

- Aus welchem Grund sollen bereits jetzt, vor Beginn des Planfeststellungsverfahrens Vermessungen stattfinden? Welche Rechtsgrundlagen begründen dies?
- Wie kann bereits vor Feststellung des Baurechtes der Termin zur Beräumung der Grundstücke feststehen?
- Werden eine Verdichtungsmessung sowie eine Umweltverträglichkeitsmessung durchgeführt?
- Wann beginnt das Planfeststellungsverfahren zum 5. BA, wann wird der Planfeststellungsbeschluss erwartet. Wann ist derzeit der Baubeginn geplant?
- Wie werden die betroffenen Bürger über den Beginn des Planfeststellungsverfahrens informiert.
- Welche Widerspruchsmöglichkeiten bestehen?
- Auf den Grundstücken befinden sich zum Teil Garageneinfahrten, werden diese nach Realisierung der 2. Nord-Süd-Verbindung weiterhin nutzbar sein?

Wir bitten um eine mündliche und schriftliche Beantwortung der Fragen.

Stellungnahme:

Zu Frage 1:

Beim Bürgerspaziergang (2015) gab es Anfragen von Grundstückseigentümern zum tatsächlichen Eingriff in die Flurstücke. Genaue Zahlen (Vorplanung) lagen zum damaligen Zeitpunkt noch nicht vor. Die MVB sagte den Grundstückseigentümern eine sofortige Information zu, sobald die Zahlen bekannt sind. Dies ist mit diesem Anschreiben erfolgt. Somit handelt es sich bei der Anfrage zur Vermessung um eine Bitte der MVB und nicht um eine Forderung oder Zwangsmaßnahme. Die Vermessung im Rahmen von Planungen dient ausschließlich der Planung eines Vorhabens, dies hat nichts mit einer Liegenschaftsvermessung zu tun. Diese erfolgt im Ergebnis eines notariellen Kaufvertrags.

Zu Frage 2:

Es gibt keinen verbindlichen Termin zur Beräumung. Verbindliche Termine entstehen erst im Ergebnis des abgeschlossenen Baurechtsverfahrens. Es gab jedoch telefonische Anfragen von Eigentümern nach einem ungefähren Zeitplan. Unter Hinweis auf das ausstehende Baurechtsverfahren wurde als möglicher Zeitraum das IV. Quartal 2017 bis III. Quartal 2019 benannt.

Zu Frage 3:

Es wird gemäß des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) eine Umweltverträglichkeitsstudie durchgeführt.

Zu Frage 4:

Die MVB beabsichtigt die Beantragung des Baurechts in der 41. KW 2016. Mit Beantragung des Baurechts beginnt das Planfeststellungsverfahren. Die Durchführung des Verfahrens obliegt der zuständigen Behörde. Der Baubeginn wird nach Erteilung des Baurechts erfolgen. In einer Bürgerinformationsveranstaltung am 21.09.2016 wird die MVB in Vorbereitung der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zu den Bauabschnitten 5 und 6 informieren.

Zu Frage 5:

Die Bürger werden gemäß § 73 Abs. 5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) durch eine ortsübliche Bekanntmachung über den Beginn der Auslegung der Planungsunterlagen informiert.

Zu Frage 6:

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 73 Abs. 4 VwVfG kann jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Anhörungsbehörde oder bei der Gemeinde Einwendungen gegen den Plan erheben.

Zu Frage 7:

Zur Klärung einzelner Sachverhalte wie Zufahrten, Personendurchgänge etc. ist das Gespräch mit den Eigentümern erforderlich, auch hierzu dienten die Schreiben der MVB an die Grundstückseigner. Grundsätzlich sollen sich jedoch die bestehenden Verhältnisse für die Eigentümer/Pächter nicht zum Nachteil verändern.

Zimmermann

Anlage:

Schreiben der MVB an die betroffenen Eigentümer im Zusammenhang mit der Planung des 5. BA der 2. Nord-Süd-Verbindung